



Ohne Menschenrechte stirbt die schweizerische Demokratie

Der moderne Rechtsstaat und die Demokratie beruhen auf der Verpflichtung, die Menschenrechte einzuhalten. Diese Verpflichtung betrifft nicht nur Staaten und Regierungen, sondern uns alle. Sie sind ein weltweit gültiger Standard des menschlichen Zusammenlebens. Gäbe es sie nicht, würden wir immer noch im Zeitalter der Sklaverei und schrankenloser Ausbeutung leben.

Die extreme Rechte in unserem Land versucht seit Jahren, die hart erkämpfte soziale Sicherheit abzubauen. Es beginnt mit der Diskriminierung von Ausländern und sozial Schwachen, setzt sich fort, indem bewährte sozialstaatliche Einrichtungen infrage gestellt und unterhöhlt werden und endet in der offenen Ablehnung von verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Schon die Zuwanderungsinitiative der SVP bläst zur Rückkehr zum menschenunwürdigen Saisonierstatut und zu Kontingentierungen. Die noch radikalere Ecopop-Initiative versteckt ihre Fremdenfeindlichkeit unter einem grünen Mäntelchen. In Wirklichkeit wäre die geforderte Nullzuwanderung nur mit rechtlosen Kurzaufenthaltern, dem Abbau wohlerworbener Rechte und letztlich erzwungenen Wegweisungen machbar.

Weitere angekündigte Initiativen zielen direkt auf den Abbau von Menschenrechten. Das Asylrecht soll jetzt, da es dringender denn je gebraucht wird, praktisch abgeschafft werden. Und der geforderte Vorrang von Landesrecht vor Völkerrecht zielt direkt auf die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Als Seniorinnen und Senioren wissen wir, dass die über Jahrzehnte gewachsenen Menschenrechte uns alle vor staatlichem Missbrauch und vor gesellschaftlicher Diskriminierung schützen. Für uns gibt es kein Zurück zu den Irrtümern der Vergangenheit:

- wir wollen keine Wiederbelebung des Saisonierstatuts
- das Asylrecht muss angesichts des weltweiten politischen Umbruchs und des zunehmenden Terrors nicht abgeschafft, sondern den neuen Verhältnissen angepasst und weltweit koordiniert werden
- darum bekämpfen wir jede Einschränkung der Menschenrechte, zu denen auch die Gewerkschaftsrechte gehören, in unserem und in anderen Ländern.

Nur so können wir die Schweiz als Rechtsstaat und Demokratie auch in Zukunft lebensfähig erhalten!